

Einfache Anfrage SVP-Fraktion:**«Unterstützt die Regierung das Projekt Landesausstellung trotz negativem Volksentscheid?»**

Die Ostschweiz beabsichtigte ursprünglich Schauplatz der nächsten Schweizer Landesausstellung zu werden, die für das Jahr 2027 als Grossanlass hätte stattfinden sollen. Die Kantone St.Gallen, Thurgau und Appenzell Ausserrhoden trafen ab dem Jahr 2015 die notwendigen Vorkehrungen für die Expo2027, unter Verwendung von verwaltungsinternen Finanzmitteln.

Für die Planungsphase 2016 bis 2019 waren insgesamt 9,5 Mio. Franken vorgesehen, davon 5 Mio. Franken als Kostenanteil des Kantons St.Gallen für die Ausarbeitung einer Machbarkeitsstudie und eines Bewerbungsdossiers. Die Regierung unterbreitete dem Kantonsrat einen Kantonsratsbeschluss für den entsprechenden Kredit, der vom Kantonsrat am 16. September 2016 genehmigt wurde. Die SVP-Fraktion beantragte gleichentags das Ratsreferendum, das von der Mehrheit des Kantonsrates unterstützt wurde.

Die Volksabstimmung fand am 5. Juni 2016 statt, an welcher die St.Galler Stimmbevölkerung mit über 60 Prozent Nein-Stimmen den 5-Millionen-Kredit für die Expo2027 ablehnte. Damit wurde klar, dass eine neue Landesausstellung als nicht mehr zeitgemäss angesehen wird. Am 17. Dezember 2021 veröffentlichte die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) eine Medienmitteilung, gemäss welcher die Kantonsregierungen an der KdK-Plenarversammlung ihre Unterstützung für die nächste Landesausstellung bekräftigt haben.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat die Vertretung der St.Galler Regierung an der KdK-Plenarsitzung das Projekt einer Landesausstellung ebenfalls unterstützt?
2. Wenn ja, wie rechtfertigt die Regierung diese Haltung, die im eklatanten Widerspruch zum Volksentscheid vom 5. Juni 2016 stehen würde?
3. Inwieweit und in welcher Form haben Regierung und Verwaltung seit dem Jahr 2016 an der Neuaufgabe des Projekts Landesausstellung mitgearbeitet bzw. Dritte dabei unterstützt?

20. Januar 2022

SVP-Fraktion